

Haushaltsrede 2012

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor uns steht eine gewaltige, aber auch anspruchsvolle Aufgabe. Gewaltig, weil in den nächsten fünf Jahren Investitionen mit einem Gesamtvolumen von 112 Millionen Euro durchführen werden sollen. Anspruchsvoll, weil das nicht ohne weitere Verschuldung geht und eine weitere Erhöhung der Kreisumlage mit sich bringt. Der vorliegende Haushaltsplan enthält Investitionen in bisher nie da gewesener Höhe. Unsere grüne Fraktion wird diesen Plan nach reifer Überlegung mittragen.

Es war keine leichte Entscheidung. Wir sind der Ansicht, dass die Planung des Kreistags immer auch die Kassenlage der Gemeinden berücksichtigen muss. Machen wir uns nichts vor. Auch in diesem reichen Landkreis gibt es arme Kommunen. Sie können das an der Umlagekraft ablesen. Die Spannweite reicht von 540 Tausend bis 16 Millionen Euro. Die reichste Gemeinde gibt also 30 Mal mehr als die ärmste. Aber in einer armen Gemeinde kostet ein Feuerwehrauto, eine Brückensanierung oder die Deckenerneuerung von Straßen denselben Preis, wie in den wohlhabenden Gemeinden. Die Frage lautet also: "Wie weit finanzieren wir die Investitionen über die Kreisumlage?"

In dem Gespräch mit dem Kämmerer, Herrn Brandstetter und mit Herrn Alram hat unsere Fraktion dieses Thema ausgiebig diskutiert. Zunächst möchte ich mich an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion bei Herrn Brandstetter und Herrn Alram recht herzlich bedanken. Sie haben sich große Mühe gegeben, alle unsere Fragen zu beantworten. Und sie haben einen Haushaltsplan entworfen, dem wir Grünen zustimmen können. Ich möchte aber auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt den Dank meiner Fraktion aussprechen. Dafür, dass wir stets zuvorkommend, freundlich und kompetent behandelt werden, wenn wir mit unseren Anliegen zu ihnen kommen. Offenheit und Transparenz des Amtes und der Entscheidungsfindungen sind uns sehr wichtig. Deshalb tritt unsere Fraktion auch für eine Informationsfreiheitsgesetz im Landkreis ein.

Wichtig ist es uns aber auch, dass vom Landkreis Signale von Toleranz und Rechtsstaatlichkeit ausgehen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch einmal ein Lob an den Landrat loswerden. (Gelächter) Seine Anwesenheit bei der Demonstration gegen Rechts gemeinsam mit dem Landshuter OB hat uns sehr gefreut. Und auch sein Eintreten für eine menschenwürdige Unterbringung der Asylbewerber wirft ein gutes Licht auf den Landkreis. Wir gehen davon aus, dass der gesamte Kreistag diese Aktionen unterstützt. Das heißt aber nicht, dass die grüne Fraktion immer geschlossen hinter dem Landrat steht. Gott bewahre. (großes Gelächter) Aber wenn wir eine Entscheidung als richtig erachten, dann sagen wir es auch.

Zum Beispiel ist das bei der Erhöhung der Kreisumlage der Fall. Die Frage

ist doch, wie kommt man zu einer gerechten Finanzierung der Landkreisbauten? Wie hält man die Neuverschuldung niedrig? Was kann man den armen Gemeinden zumuten?

Wie ich schon erwähnt habe, erstrecken sich die finanziellen Anstrengungen über etwa fünf Jahre. Dann sind die drei großen Brocken weg. Derzeit ist die wirtschaftliche Lage gut. Die Kommunen in Deutschland erzielten letztes Jahr einen Überschuss. Auch in unserem Landkreis sind die Gewerbesteuern letztes Jahr gestiegen. Das wirkt sich positiv auf die Umlagekraft in den nächsten zwei Jahren aus. Der Kreis und die Gemeinden können in einer gemeinsamen finanziellen Anstrengung das gewaltige Investitionsprogramm schultern. Deshalb ist es sinnvoll, dass in den wirtschaftlich guten Jahren möglichst viele der Landkreisinvestitionen abbezahlt werden. Das bedeutet aktuell eine höhere Kreisumlage. Denn die Alternative heißt Schulden machen. Und Schulden müssen mit Zins zurück gezahlt werden. Und zwar von allen, auch den armen Gemeinden.

Für eine arme Gemeinde heißt das, dass für einen Euro, den sie für das neue Gymnasium zahlt, eine andere Gemeinde 30 Euro auf den Tisch legt. Die sechs reichsten Gemeinden bezahlen allein die Hälfte dieser Schule. Gerade das Gymnasium wird immer wieder auch von Kreisräten kritisiert. Ich möchte nur daran erinnern, dass die Bevölkerung entschieden hat, dass der Landkreis den Antrag auf Einrichtung eines Gymnasiums neu stellen soll. Wir vollziehen hier Volkes Willen. Daran führt kein Weg vorbei. Deshalb bitte ich alle anwesenden Kreisräte darum, das auch endlich zu akzeptieren. Die Schule ist eine Investition in die Zukunft unserer Kinder und das ist gut so.

Kritik gibt es bei den Krankenhäusern. Hier wäre die Alternative der grüne Weg der Vernunft gewesen, die Kliniken von Stadt und Landkreis zu fusionieren. Die Sache ist vorerst gescheitert. Jetzt erleben wir eine Art Wettrüsten zwischen Klinikum und LaKUMed, die uns Millionen kostet. Dabei - und das darf ich hier mal sagen - kommen uns nicht die Krankenhäuser in Vilsbiburg und Rottenburg teuer zu stehen. Hier nebenan läuft das Bauprogramm für 20 Millionen. Wir Grünen sehen das mit einem lachendem und einem weinendem Auge. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung wird deutlich verbessert - aber wir Grüne halten eine Fusion der Krankenhäuser in der Region weiter für den richtigen Weg und gehen davon aus, dass hier das letzte Wort noch nicht gesprochen worden ist.

Der Kreishaushalt - meine Damen und Herren - soll natürlich deutlich machen, in welche Richtung wir alle hier den Landkreis entwickeln möchten. Unsere Fraktion - das habe ich schon angedeutet - wird diesem Haushalt zustimmen. Es ist aber keine uneingeschränkte Zustimmung. Investitionen in Bildungseinrichtungen sind uns wichtig. Auch die medizinische Versorgung muss auf dem neuesten Stand sein. Da sind wir auf einem guten Weg.

Aber wenn wir uns die Verkehrsplanung betrachten, dann schaut man auf ein Jammertal. Die Mehrheit hier meint, dass man mit einer Autobahn und mit Parkplätzen die Sache schon richtet. Das - meine Damen und Herren - ist nicht nur Jammertal, das ist verkehrspolitisches Neandertal. Im Zuge der B 15 Neu sieht die langfristige Planung im Haushalt vor, für Um- und Neubauten bei Kreisstraßen sieben Millionen Euro aufzuwenden. Und das für eine Straße, für die der Bund zuständig ist. Aber das wahre Problem ist doch, dass wir täglich 20.000 Einpendler in die Stadt Landshut haben, für die es kein attraktives öffentliches Angebot gibt. Deshalb brauchen wir dringend ein Verkehrskonzept für die gesamte Region, das alle Verkehrsträger mit einbezieht. Denn die Autobahn löst unsere Probleme nicht, sondern schafft neue. Und dass sie über die A 92 hinaus in absehbarer Zeit weiter gebaut wird, glaubt inzwischen auch keiner mehr.

Wenn wir die sieben Millionen nicht in den Autobahnbau, sondern in den ÖPNV stecken würden, dann bräuchten wir hier auch nicht diskutieren, ob wir drei, vier oder fünf Millionen in ein Parkhaus investieren und wie wir die dafür nötigen Schulden in einer Landkreis-GmbH verstecken. Wir würden Verkehrsprobleme nicht verlagern und verteuern, sondern lösen.

Gute Verkehrsinfrastruktur ist wichtig, keine Frage, aber die ist bereits jetzt vorhanden. Alles was wir weiter in Straßenbau investieren, geht uns an anderer Stelle ab. Und wir werden unsere Zukunftsfähigkeit nicht mit mehr Beton, sondern nur mit besserer Bildung erhalten. Die Firmen hier beklagen sich nicht über schlechte Verkehrsinfrastruktur, sondern über fehlende Fachkräfte. Und wenn eine Fachkraft von auswärts in den Landkreis Landshut zieht, dann bestimmt nicht, um den Fluglärm und die Abgase einer Autobahn zu genießen und vom schnellen Internet ausgeschlossen zu sein. Und der Gestank von Schweinegülle ist auch kein Naturerlebnis. Lebensqualität sieht anders aus. Es wird Zeit, dass man sich mehr um diese weichen Standortvorteile kümmert.

Ich muss noch ein Wort zur Energiepolitik verlieren: Viele Bürgerinnen und Bürger gerade auch im Landkreis Landshut haben viel Geld in die Nutzung der Sonnenenergie investiert und dazu beigetragen, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt. Endlich hat sich auch der Landkreis aufgerafft und will selber in PV investieren. Aber das ewige Zögern und Zaudern rächt sich nun. Denn die Bundesregierung hat beschlossen, diesem boomenden Wirtschaftszweig den Hahn zuzudrehen. Rücksichtslos und fast panisch wird nun die Einspeisevergütung so schnell gekappt, dass die Firmen plötzlich ohne Aufträge dastehen. Es gibt keine Planungssicherheit mehr. So katastrophal schaut schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik aus. Wir sind aber trotzdem dafür, dass der Landkreis weiter investiert. Den selbst erzeugten Strom nutzen wir eben selber. Es ist doch wirklich naiv, zu glauben, dass der Strom in Zukunft wieder billiger wird, noch dazu, wenn man den Profit wieder den Großkonzernen zuschanzt.

Ich will an dieser Stelle zum Schluss kommen. Eine Bemerkung sei mir

allerdings noch erlaubt.

In den Ansprachen meiner Vorredner habe ich die Klage gehört, dass der Landkreis 47 Millionen Euro allein für den Sozialbereich ausgeben muss. Und es seien die Regierungen in München und Berlin, die uns diese Ausgaben ungerechtfertigt aufs Auge drücken. Ich schlage vor, der Verwaltung den Auftrag zu geben, sie soll herausfinden, wer da derzeit in München und in Berlin an der Regierung ist. (Gelächter) Und dann sollten wir diese Leute bei nächster Gelegenheit abwählen. (Murren aus der entsprechenden Ecke)

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.